

Katholische Bischöfe stärken Präsident Mesa den Rücken

In ihrer letzten **Vollversammlung Mitte November** bezogen die Bischöfe Boliviens in außerordentlicher Weise Stellung zur „problematischen Lage des Landes“. Denn sie sehen „die Regierungsfähigkeit, die Demokratie, die Einheit und sogar die Lebensfähigkeit des bolivianischen Staates insgesamt bedroht“. Als Gründe diagnostizieren die Bischöfe neben der „allgemeinen Armut“, verbunden mit der „wirtschaftlichen Verschlechterung“ die „wachsenden Bewegungen der Intoleranz und Konfliktbereitschaft“, „die Radikalität und Polarität von gegensätzlichen Positionen“.

Bei dieser, im Vergleich zu anderen Botschaften, sehr politisch ausgerichteten Stellungnahme drängt sich die Frage auf, ob die Bischöfe damit versuchen, die katholische Kirche als Moderator in Krisenzeiten wieder zu positionieren? Im Oktober letzten Jahres ist dies ja keiner Institution gelungen.

Doch nun zur Botschaft im Einzelnen. Die Bischöfe greifen darin die entscheidenden, aktuellen politischen Themen auf, die von der derzeitigen Regierung vorangetrieben werden:

Das Gesetz über die Kohlenwasserstoffe (Förderung sowie Vermarktung von Öl und insbesondere Gas):

Bei diesem, zwischen Regierung, Parlament, politischen Parteien und sozialen Bewegungen sehr umstrittenen Gesetz beziehen die Bischöfe keine dezidierte Stellung, sondern benennen die Rechte der verschiedenen Parteien, die bei der Förderung und Vermarktung von Öl- und Gas involviert sind (Land und seine Bevölkerung, Investoren). Damit treten sie automatisch radikalen Forderungen entgegen (Nationalisierung/Enteignung). Im Gegenzug erinnern die Bischöfe in ermahnender Form an die soziale Verpflichtung von wirtschaftlichen Gewinnen, insbesondere in einem derart von Armut geprägten Land.

Die Kommunalwahlen:

Im Blick auf die Kommunalwahlen am 5. Dezember loben die Bischöfe sehr die erstmalige Möglichkeit, Kandidatinnen und Kandidaten von Bürgervereinigungen und indigenen Bevölkerungsgruppen zu wählen. Dies wurde durch die Änderung des Wahlgesetzes unter der Regierung Mesa möglich, bislang waren nur Kandidatinnen und Kandidaten der klassischen Parteien wählbar.

Die verfassungsgebende Versammlung:

Die Bischöfe begrüßen die für nächstes Jahr angesetzte verfassungsgebende Versammlung, die eine Neustrukturierung des Staates ermöglicht. Allerdings weisen sie auf die Schwierigkeiten auf dem Weg und die Notwendigkeit einer breiten Partizipation aller Bevölkerungsgruppen wie –schichten hin. Ebenso warnen sie vor überzogenen Erwartungen, die vielfach spürbar sind, sondern konstatieren, dass die verfassungsgebende Versammlung nicht alle Probleme Boliviens lösen kann, sondern nur ein Beitrag ist.

Die Autonomie der Regionen:

Im Grundsatz befürworten die Bischöfe die Politik der Dezentralisation, „die den Regionen zum größeren Wohl aller mehr Autonomie zuspricht und effizientere Dienstleistungen verheißt.“ Doch sie warnen auch davor, dass privilegierte Gruppen noch mehr Vorteile daraus ziehen und fordern die Beteiligung bisher benachteiligter Gruppen (indigene Bevölkerungsgruppen, ...). Aus der Botschaft

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

11/04
26.11.2004



2/2

geht auch deutlich hervor, dass Autonomie nicht gegen die Einheit des Landes ausgespielt werden darf, sondern „zu einer neuen und wirklicheren Einheit Boliviens“ führen muss.

In diesem Sinn wird die Botschaft mit einem „Dringenden Aufruf zur Einheit abgeschlossen.

Um zum Titel dieses Schlüssel Infos zurückzukommen, muss zwar gesagt werden, dass der Name des Präsidenten wie auch anderer politischen Akteure nicht genannt wird, aber die angesprochenen Themen, die des Präsidenten sind. Im nationalen Kontext gesehen, stärken die Bischöfe mit ihren Argumenten die eingeschlagene Politik ohne sich natürlich mit dem Präsidenten zu identifizieren.

Jürgen Leonhard
Schlüssel Info Bolivien
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/Dorfstiftung

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.
Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.
Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail accesopublico accesopublico@entelnet.bo, Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.

LXXIX VOLLVERSAMMLUNG DER BOLIVIANISCHEN BISCHÖFE

Botschaft an das Volk Gottes

"Ich schenke euch ein neues Herz und lege einen neuen Geist in euch. Ich nehme das Herz von Stein aus eurer Brust und gebe euch ein Herz von Fleisch." (Ez 36,26).

Wir, die Bischöfe Boliviens, sind zu unserer zweiten Vollversammlung in diesem Jahr zusammen gekommen, um das Leben unserer Ortskirche zu überdenken und unser Volk hoffnungsvoll zu ermutigen.

Treffen mit Priestern und Ordensleuten

Während dieser Vollversammlung haben uns Diözesanpriester, Ordensleute und Laien in der Arbeit unterstützt. Wir haben zusammen gebetet und in einem geschwisterlichen Geist über die aktuelle kirchliche und soziale Lage beraten.

Während dieser Reflexion haben wir uns vom orientierenden Wort des letzten Apostolischen Schreibens des Heiligen Vaters "Mane nobiscum Domine – Bleibe bei uns, Herr" (Lk 24,29) leiten lassen, das uns dazu aufruft, ein Jahr der Eucharistie zu feiern, ein Jahr der lebendigen Gegenwart des Auferstandenen in der Geschichte und als sichtbares Zeichen der Solidarität und Einheit für die ganze Menschheit.

Der Geist des bevorstehenden Advents, eine besondere Zeit der Umkehr und der Hoffnung, die uns auf Weihnachten – Fest des Sohnes Gottes, der einer von uns geworden ist; Fest des Lebens, des Lichtes und der Liebe - vorbereitet, hat uns dabei ebenso inspiriert.

Wir haben über das Leben und das Amt des Diözesanpriesters, dessen Dienst wesentlich für die Berufung und evangelisierende Sendung der Kirche ist, beraten. Wir danken dem Einsatz so vieler Priester und ihrem aufrichtigen Bemühen, gemäß dem Auftrag Jesu besser dem Volk Gottes zu dienen. Wir brauchen weiterhin mehr Berufungen zum priesterlichen Dienst und laden ein, dafür zu beten und die Priester zu begleiten, damit sie treu ihren Auftrag erfüllen und wahre Wegweiser, Hirten und Lehrer seien.

Wir haben uns auch mit den Vertretern der Ordengemeinschaften getroffen, um mit ihnen Themen und Probleme zu erörtern. Wir haben gemerkt, dass die Einheit und die Gemeinschaft eine Gabe sind, die das Leben unserer Kirche bereichert; darum danken wir dem Herrn für ihr Zeugnis und ihren engagierten Dienst.

Grund zur Unruhe

Sodann haben wir die problematische Lage des Landes analysiert. Es ist höchst beunruhigend, dass wir es bisher nicht geschafft haben, die immer wiederkehrenden Probleme nicht zu lösen, die sich in den letzten Jahren stärker gezeigt haben und so die Regierungsfähigkeit, die Demokratie, die Einheit und sogar die Lebensfähigkeit des bolivianischen Staates insgesamt bedrohen. Wir stellen fest, dass verschiedene Themen Grund und Anstoß für Auseinandersetzungen sind, die jedoch viel eher Hoffnung für das Land sein sollten:

:

Das Gesetz der Brennstoffe: Gott hat Bolivien in Fülle mit Naturreichtümern gesegnet und dazu bestimmt, dass sie dem Wohl aller dienen, besonders aber für die Menschen am Rande der Gesellschaft. Darum ist es fundamental, ein Gesetz zu verabschieden, das einen gerechten und solidarischen Umgang der Brennstoffe ermöglicht, so dass alle in gleicher Weise von den Einnahmen profitieren und alle das Wohl des Landes suchen.

Wir die Bolivianer, die wir die Naturreichtümer besitzen, müssen vernünftige und vertretbare Gewinnforderungen stellen. Andererseits sind die Investoren, die ein Recht auf einen gerechten Gewinn haben, moralisch dazu verpflichtet, die wirklichen Bedürfnisse des Landes ernst zu nehmen.

Die Kommunalwahlen: Eine neue Epoche des demokratischen Lebens beginnt mit der Anerkennung und der erstmaligen Beteiligung von Bürgervereinigungen und von indigenen Bevölkerungsgruppen. Dieser qualitative Wechsel zu einer größeren Vertretung dieser Gruppen sollte einhergehen mit:

- einer neuen aufrichtigen und transparenten Praxis im Wahlkampf und der Wahlperiode seitens aller Kandidaten, gekennzeichnet durch die aufrichtige Suche des Wohles für alle Bürger.
- einer bewußten Stimmabgabe seitens der Wähler, um die besten Frauen und Männer zu wählen, die die Kommunen leiten und ihnen dienen werden.

Die verfassungsgebende Versammlung: Der Prozesse, um zu dieser Versammlung zu gelangen, sind Ausdruck des Wunsches der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, um ein neues Bolivien basierend auf Gerechtigkeit, Gleichheit, Wahrheit, Freiheit und Solidarität zu bauen. Das allerdings setzt einen neuen Zusammenschluß aller Bürger voraus, an dem gemäß der je eigenen Wirklichkeit alle Bereiche, Gesellschaftsschichten, Bevölkerungsgruppen, Regionen und Bewohner der Landes teilnehmen und Ernst genommen werden, weil nämlich das was alle angeht, auch die Beteiligung aller erfordert. Für diese Aufgabe ist es unerlässlich, dass wir uns von den Grundwerten leiten lassen, die zu unserem Volk und seiner Geschichte gehören: Werte des Menschseins, der Gemeinschaft, der Kultur, der Moral, der Religion und des Christentums. Trotzdem: Der Weg zur verfassungsgebenden Versammlung und einer neuen Verfassung bedeuten aus sich heraus noch nicht die Überwindung aller Probleme Boliviens; der Weg zur verfassungsgebenden Versammlung ist nur ein Beitrag zur Lösung.

Die Autonomie der Regionen: Es ist nicht zu leugnen, dass der Zentralismus große Ungleichheiten zwischen den Departamentos schafft, zwischen den Hauptstädten und den Provinzen und zwischen den Bevölkerungsschichten und den ländlichen Gemeinden. Es ist notwendig die Politik der Dezentralisation weiter fortzuführen, die den Regionen zum größeren Wohl aller mehr Autonomie zuspricht und effizientere Dienstleistungen verheißt. Die gemeinsame Richtschnur dabei ist die Überwindung der Asymmetrien und die Abschaffung von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten. Der Ruf nach Autonomie darf nicht den Gruppen einen Vorteil verschaffen, die schon immer privilegiert waren; richtig verstanden führt die Autonomie zu einer neuen und wirklicheren Einheit Boliviens mit der Beteiligung der indigenen Bevölkerungsgruppen und den weiteren sozialen Gruppen, die bisher von fast allen Lebensbereichen des Landes ausgeschlossen waren.

Gründe der Konflikte

Die objektiven und strukturellen Gründe wie die allgemeine Armut, das Fehlen von grundlegenden Serviceleistungen im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, das Fehlen von würdigen Arbeitsplätzen, die wirtschaftliche Verschlechterung und andere werden durch die Haltung von Personen und Gruppen zur Spitze getrieben, die eine friedliche und stimmige Lösung der Probleme verhindern.

Wir weisen auf die wachsenden Bewegungen der Intoleranz und Konfliktbereitschaft hin; auf die Radikalität und Polarität von gegensätzlichen Positionen; auf die Irrationalität von einigen Forderungen; auf die Tendenz, nicht auf die wirtschaftlichen Verpflichtungen des Landes einzugehen; auf das Verschließen in eigene oder abgrenzende Interessen, sogar dahingehend die Rechte anderer zu beschneiden; auf die ausgehöhlte Autorität der Mächte des Staates; auf das Fehlen von Ehrfurcht vor gemeinsamen Normen des mitmenschlichen Lebens.

Wir glauben, dass der Kern des Problems der Verlust einer klaren Auffassung einer personalen und sozialen Ethik ist, die alle Beziehungen zwischen Personen und Bevölkerungsschichten bestimmen sollte. Ausdruck dieses Verlustes ist auch der Anspruch, Elemente als persönliche Rechte anzusehen, die der Würde der Person widersprechen, wie sie im so genannten "Gesetz der sexuellen Rechte und Fortpflanzung" zu finden sind.

Änderung des Verhaltens

Es ist notwendig zu den Wurzeln dessen, was eine Person in der Welt und in der Gesellschaft ausmacht, zurückzukehren, so wie es im wegweisenden Wort des Herrn heißt: "Ich lege meinen Geist in euch und bewirke, dass ihr meinen Gesetzen folgt und auf meine Gebote achtet und sie erfüllt." (Ez 36,27).

Die Zeit des Advents, die eine Zeit der Hoffnung und der Umkehr ist, drängt uns dazu, unseren Geist und unser Herz dem Geist des Herrn zu öffnen, der uns aufruft, unsere Haltung und Art unseres Denkens zu ändern, um zu den wesentlichen Werten des Lebens, der Würde des menschlichen Lebens und zum Respekt der grundlegenden Rechten von Personen und Bevölkerungsgruppen zu gelangen.

DRINGENDER AUFRUF ZUR EINHEIT

Die christliche Hoffnung ist immer aktiv und fordert zum Engagement heraus. Es ist eine dringende Aufgabe für alle, Räume der Versöhnung zu schaffen, um den Groll und die Intoleranz zu überwinden und die Gemüter zu beruhigen, um einen aufrichtigen und wirksamen Dialog zu fördern, der verschiedene Positionen hört und akzeptiert. Wir benötigen konkrete Anstrengungen, um mit Blick auf das Wohl aller in einem sich neu gestaltenden Land zu einem Konsens in den grundlegenden Punkten zu kommen.

Am Ende dieser Botschaft nehmen wir Stellung zu unserer Hauptsorge und rufen eindringlich unsere bolivianischen Brüder und Schwestern im Hinblick auf das Auseinanderbrechen und die Teilung des Landes sowie dem möglichen Zerfall der Institutionalität des Staates zur Einheit und Eintracht auf.

Im Laufe seiner Geschichte hat Bolivien schon andere heikle und schwierige Situationen wie der jetzigen gegenüber gestanden und sie überwunden, in dem es sich wieder auf die fundamentalen Werte besonnen hat. Wir glauben fest daran, dass es auch heute möglich

ist, die widrigen Umstände zu überwinden. Die auf uns wartende Aufgabe ist nicht einfach, aber das Beispiel derer, die uns vorausgegangen sind macht uns Mut und wir bauen auf die Hilfe des Herrn, der unter uns gegenwärtig ist, vor allem im Sakrament der Eucharistie und uns Hoffnung, Frieden und Freude schenkt.

Die Gegenwart und die Zukunft unseres Landes legen wir in die Hände Mariens, der Mutter der Hoffnung, in dem Jahr, in dem sich das Dogma ihrer Erwählung zum 150. Mal jährt, und bitten sie, dass sie uns weiterhin mit ihrer mütterlichen Liebe begleitet.

Cochabamba, 17. November 2004

DIE BISCHÖFE BOLIVIENS

Übersetzung: Michael Meyer